

Einfache Anfrage SP-GRÜ-Fraktion / CVP-GLP-Fraktion / FDP-Fraktion
vom 20. September 2018

Externe und unabhängige Überprüfungen und Klärungen im Zusammenhang mit der Universität dringend nötig

Schriftliche Antwort der Regierung vom 16. Oktober 2018

Die SP-GRÜ-Fraktion, die CVP-GLP-Fraktion und die FDP-Fraktion stellen in ihrer Einfachen Anfrage vom 20. September 2018 Fragen im Nachgang zu Vorfällen um Dozierende der Universität St.Gallen (HSG). Die entsprechenden Stichworte sind: Nebentätigkeiten, Spesenaffäre, Abgasskandal und neuestens die von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) aufsichtsrechtlich festgestellte Marktmanipulation¹ seitens der Jungfraubahn Holding AG, deren Verwaltungsrat durch den Rektor der HSG präsiert wird.

Die Regierung beantwortet die einzelnen Fragen wie folgt:

- 1./3. Die Regierung wie auch der Universitätsrat der Universität St.Gallen bedauern, dass sich in den letzten Monaten Vorfälle und Diskussionen um Dozierende der HSG gehäuft haben. Die Fälle sind für sich betrachtet zwar unterschiedlich, in ihrer Summe können sie aber die Reputation der HSG schädigen. Der gute Ruf einer Universität ist entscheidend für die Attraktivität der Institution für Dozierende und Studierende sowie für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Im Interesse der vielfach ausgewiesenen und breit anerkannten Gesamtleistung der HSG in Lehre, Forschung und Weiterbildung und ihrer Kooperation mit der Wirtschaft – diese ist in hohem Mass mitprägend für das *Erfolgsmodell* HSG – sowie der Bedeutung für den Standort St.Gallen sind deshalb eine gründliche Aufarbeitung und die entsprechenden Schlussfolgerungen notwendig.

Die Regierung unternimmt alles, um die Reputation der HSG so gut als möglich zu schützen und zu stärken. Die Universität St.Gallen ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit dem Recht auf Selbstverwaltung. Oberstes strategisches Führungsorgan ist der Universitätsrat. Die den aktuellen Vorkommnissen zugrunde liegenden Ursachen werden universitätsintern genau analysiert. Der Universitätsrat hat sich dafür ausgesprochen, diese im Gang befindliche intensive Aufarbeitung der Fälle abzuwarten, um dann allfällig vorhandene Missstände nachhaltig zu beheben. Zudem hat der Universitätsrat entschieden, den laufenden Entwicklungsprozess für Governance und Compliance zu intensivieren. Bereits im Frühjahr 2018 hatte er dem Rektor den Auftrag erteilt, das Reglement zum Nebenerwerb der Dozierenden zu überprüfen. Angesichts der Entwicklungen der letzten Monate ist die Universität erneut aktiv geworden: Sie hat den Prüfbereich auf den gesamten Themenkomplex der Governance und Compliance ausgedehnt und systematisiert. Es werden verschiedene Handlungsfelder zu den Themen Nebenbeschäftigungen, Spesen, Kontrollmechanismen und Finanzflüsse bearbeitet. Für die Nachfolge des im Jahr 2020 geplant zurücktretenden Rektors hat der Universitätsrat bereits beschlossen, keine Nebenbeschäftigungen der künftigen Rektorin oder des künftigen Rektors mehr zuzulassen.

Die oben skizzierten Arbeiten legen auch eine Grundlage für die Revision des Universitätsgesetzes (sGS 217.11), zu der die Vorarbeiten angelaufen sind. In diesem Zusammenhang wird die HSG seit mehreren Monaten durch externe universitäre Expertinnen und Experten

¹ Nicht: strafrechtlich relevante Kursmanipulation.

begleitet. Das Institut für Hochschulmanagement der Wirtschaftsuniversität Wien berät die HSG bezüglich Optimierung der Governance und in weiteren verwandten Fragen.

Diese Entwicklungsarbeiten werden von der Regierung ebenso wie die laufenden Untersuchungen zu den Vorfällen als zielführend angesehen. Die Regierung geht mit dem Universitätsrat einig und setzt alles daran, durch klare Schlussfolgerungen im Zuge der Aufarbeitung die zukünftige Führung der Universität St.Gallen und das Erfolgsmodell HSG mit einer zeitgemässen und vorbildlichen Governance und Compliance zu stärken. Die Regierung hat gegenüber dem Universitätsrat die Erwartung zum Ausdruck gebracht, über die Erkenntnisse und das weitere Vorgehen systematisch auf dem Laufenden gehalten zu werden.

2. Regierungspräsident Stefan Kölliker, Präsident des Universitätsrates, wurde am 13. September 2018 durch den Rektor der HSG über die Rüge der FINMA gegenüber der Jungfraubahn Holding AG informiert. Er bzw. der Universitätsrat hat nach den Regeln der Finanzmarktaufsicht keinen Zugriff auf den schriftlichen Bericht der FINMA.